

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 177 (2011)

Heft: 6

Artikel: Nationalrätin Chantal Galladé : Armee und Sicherheit

Autor: Beck, Roland

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nationalrätin Chantal Galladé: Armee und Sicherheit

In der Sommer- und Herbstsession beraten die Eidgenössischen Räte über den Armeebericht und den Zusatzbericht. Im folgenden Interview nimmt Nationalrätin Galladé als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates zu einigen strittigen Fragen Stellung.

Roland Beck, Chefredaktor ASMZ

Frau Nationalrätin, alle Überlegungen zur Sicherheit gehen von der Beurteilung der Bedrohung, der Gefahren und Risiken aus. Welches sind die Kernpunkte Ihrer Bedrohungsanalyse?

Die sicherheitspolitische Entwicklung in den letzten Jahren ist zutiefst geprägt durch die Globalisierung und die damit verbundene enorme Beschleunigung der transnationalen Vernetzung. Die Vorstellung wäre deshalb zunehmend absurd, dass sich heutige und zukünftige Gefahren und Bedrohungen ab der Schweizer Grenze bekämpfen lassen. Die traditionelle militärisch-territoriale Analyse hat mit aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen praktisch nichts mehr zu tun. Viel wichtiger wird die Frage, wie sich Armut, Klimawandel, fehlende soziale Kohä-

sion und eine beschleunigt ungleiche Verteilung von Erwerbs-, Vermögens- und Zukunftsperspektiven auf die Sicherheit auswirken.

Ihre Partei beklagt die Fortschreibung überholter Mythen und Traditionen im Armeebericht. Wie sieht aus Ihrer Sicht eine zukunftsgerichtete Gestaltung der Armee aus?

Für die SP ist zentral, dass die schweizerische Sicherheitspolitik endlich im globalisierten 21. Jahrhundert ankommt und die Sicherheitsrelevanz der globalen Herausforderungen anerkennt. Diese sind überwiegend ziviler Natur. Es gibt aber in Europa und darüber hinaus durchaus militärischen Stabilisierungsbedarf, an dem sich die Schweiz beteiligen soll. Freilich müssen für solche Missionen ein UNO-Mandat vorliegen und übergeordnete Zie-

le wie die Förderung der menschlichen Sicherheit, der Menschenrechte, der Demokratisierung und der nachhaltigen Entwicklung im Zentrum stehen. Während sich praktisch alle Armeen in Europa vom Verteidigungsauftrag wegbewegen und sich an diesen neuen internationalen Aufgaben ausrichten, will Bundesrat Ueli Maurer gemeinsam mit den Kantonen die Armee zu einem in-land-orientierten «Mädchen für alles» umbauen. Das setzt am falschen Ort an.

«Heimatkämpfer» würden blind an der herkömmlichen Landesverteidigung festhalten. Können wir dem Ewigen Frieden entgegensehen?

Es ist wohl eher die bürgerliche Mehrheit und namentlich die aktuelle Spitze im VBS, welche an den Ewigen Frieden glaubt, indem sie bisher jede ernstzunehmende Internationalisierung der schweizerischen Sicherheitspolitik verhindert hat. Noch immer glaubt eine Mehrheit, die Gefahren und Risiken von heute mit Panzern und Kanonen ab Landesgrenze bekämpfen zu können. Dies ist jedoch eine gefährliche Illusion. Die Globalisierung hat die Wirkungsketten enorm verlängert. Ereignisse, die scheinbar geografisch weit entfernt liegen, wirken heute direkt auf die Sicherheitslage der Schweiz zurück. Das VBS und die Kantone wollen nun sämtliche Eier in den Korb «Sicherheitsverbund Schweiz» legen. Die SP fordert stattdessen, die europäische und globale Sicherheitszusammenarbeit massiv auszubauen – sowohl mit zivilen als auch mit militärischen Instrumenten. Die heutige Armee ist dazu aber nicht in der Lage. Sie muss deshalb massiv ab- und umgebaut werden.

Ihre Partei fordert eine markante Senkung des Armeebestandes und einen Verzicht auf die Wehrpflicht. Mit dem Modell der Freiwilligenmiliz wird eine «in jeder Hinsicht praktikable Alternative» angeboten. Lassen



Bilder: ASMZ

sich genügend Schweizer finden, die angesichts unseres Wohlstandes und der geringen Arbeitslosigkeit freiwillig Militärdienst leisten?

Nachdem auch Deutschland und Österreich die Wehrpflicht nicht mehr anwenden wollen, ist die Schweiz in Europa bald das letzte Land, das noch an der traditionellen Wehrpflicht im Sinne der «levée en masse» festhält. Die staatliche Zwangsverpflichtung aller männlichen Bürger zum Dienst an der Waffe bildet einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit und lässt sich unter den aktuellen sicherheitspolitischen Bedingungen nicht mehr rechtfertigen. Es leuchtet auch nicht ein, weshalb alle anderen europäischen Staaten ihre Armeen erfolgreich auf Freiwilligenmodelle umbauen können und dies der Schweiz nicht gelingen soll. Entscheidend wird sein, ob die stark verkleinerte und umgebaute Armee wieder sinnvolle Aufgaben erfüllt, ob attraktive Ausbildungs- und Einsatzangebote vorliegen und unter welchen Bedingungen dies erfolgt.

Sie kritisieren die angestrebte Umformung der Armee zu einem «Mädchen-für-alles-Instrument» in den Händen der Kantone. Wie sehen Sie die Aufgaben der Armee in der Inneren Sicherheit und in der Katastrophenhilfe?

Eine Armee ist ein militärisches Instrument. Sie soll dann gerufen werden, wenn es um organisierte Gewaltanwendung geht. Für zivile Katastrophenhilfe ist ein modernisierter Bevölkerungsschutz besser geeignet. Er soll mit schwerem Gerät ausgerüstet, regional zusammengefasst und im Verbund mit allen Blaulichtorganisationen mit professionellen Führungsstrukturen versehen werden. Wer die Armee aber zur Hauptträgerin des Katastrophenschutzes umbauen will, gefährdet deren militärische Auftragerfüllung. Damit liesse sich beispielsweise die Verbandsschulung kaum mehr begründen. Selbstverständlich ist dies kein Argument gegen Spontanhilfe durch die Armee, wenn's wirklich brennt.

Sie begrüssen das unmissverständliche Festhalten am Konzept der «Sicherheit durch Kooperation» und fordern inskünftig einen substanziellen Beitrag zu den friedensunterstützenden Missionen der UNO. Die jüngsten Erfahrungen im Nahen und Mittleren Osten zeigen, dass Friedensunterstützung zunehmend mit Kriegeinsatz gleichzusetzen ist. Soll unsere Armee zu einer Expeditionstreitmacht nach amerikanischem Vorbild umgeformt werden?

Das ist eine sehr polemische Frage! Die SP hat stets in aller Deutlichkeit gegen völkerrechtswidrige Militärinterventionen Stellung bezogen, für welche es leider nicht nur in den USA eine traurige Tradition gibt. Beim Konzept «Sicherheit durch Kooperation» geht es nicht um eine Erhöhung, sondern um eine Verminderung des Gewaltniveaus. Zentral sind zwei Prinzipien, auf die sich beispielsweise auch die Afrikanische Union geeinigt hat, nämlich der Grundsatz der menschlichen Sicherheit (human security) und die völkerrechtliche Norm der Schutzverantwortung (responsibility to protect). Die Schweiz gehört schon heute zu den grössten Beitragszahlern entsprechender UNO-Friedensmissionen. Es wäre an der Zeit, auch konkret zum Schutz der geschundenen Zivilbevölkerung beizutragen, wo dies sinnvoll möglich ist.

An welchen Eckwerten soll sich generell zukünftiges sicherheitspolitisches Handeln orientieren?

Die zivile Dimension der Sicherheitspolitik hat an Bedeutung gewonnen. Nordafrika demonstriert uns vor, dass ohne Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und die Aussicht auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung keine Stabilität zu erhalten ist, von der auch die Sicherheit Europas abhängig ist. Gleichzeitig macht die klassische militärische Territorialverteidigung wenig Sinn mehr. Wir brauchen deshalb eine Umverteilung von der militärischen zur zivilen Friedens- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig muss die Armee zukunftsgerichtet ab- und umgebaut werden. Die SP Fraktion hat 2008 ein Modell vorgestellt, das mit gut drei Milliarden Franken pro Jahr und einem Bestand von 50 000 Angehörigen der Armee (inkl. Reserve) auskommt, wovon der grösste Teil in Form der Freiwilligenmiliz. Pro Soldat stünden so mehr Finanzen für Investitionen zur Verfügung als heute. Die Armee wäre kapitalintensiver und damit moderner als die Armee XXI, die an ihrem gigantischen Bestand fast zugrunde geht.

Zum Schluss ein Blick auf die Herbstsession: Welche Erwartungen knüpfen Sie an die Verhandlungen über den Armeebericht und den Zusatzbericht in Ihrem Rat?

In den eidgenössischen Räten geht es im Sommer und im Herbst um historische Weichenstellungen. Die Mitteparteien müssen sich entscheiden, ob sie zusammen mit der SVP und Ueli Maurer gegen den Bundesrat, gegen die globalisierte Wirtschaft, gegen die Finanzpolitiker und ge-



Chantal Galladé,

Nationalrätin (SP/ZH)

Jahrgang: 1972
 Bürgerort: Iséables VS
 Wohnort: Winterthur ZH
 Familie: 1 Tochter
 Hobbys: Schach spielen,
 Sport und Kochen

Schulen

- Berufsabschluss: KV-Lehre
- Erwachsenenmatur, lic. phil. I, Erziehungswissenschaftlerin, Uni Zürich

Beruf / Tätigkeiten

- mehrere Jahre tätig als Berufsfachschullehrerin
- Lehrstellenbeauftragte in Winterthur
- Gymnastiklehrerin

Politische Tätigkeit

- 1997–2003 Kantonsrätin Zürich
- Seit 2003 Nationalrätin, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und der Bildungskommission
- Präsidentin des Verbandes Lesen und Schreiben Schweiz

gen die SP an einem nicht finanzierbaren Massenheer festhalten wollen, das kaum zur Erfüllung konkreter militärischer Aufgaben taugt und zum Spielball der Kantone wird. Oder ob sie die Armee gemeinsam mit der SP grundlegend modernisieren und zu einem tauglichen Instrument des globalisierten 21. Jahrhunderts machen wollen. Das geht allerdings nur, wenn die seit 1907 betriebene konsequente Ausgrenzung der Sozialdemokratie aus der Militärpolitik endlich beendet wird.

Frau Nationalrätin, ich danke Ihnen für das Interview. ■